

## Deutscher Abendbericht.

Berlin, 17. April, abends. (Wb. Amtlich.)  
Auf dem Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht wurden Voelkapelle und Langemarck genommen.

**Großes Hauptquartier**, 18. April. (Wb. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 1/3 Uhr.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm im monatelangen Ringen mit ungeheuren Opfern erlängten flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sixt von Arnim nahm dem schrittweise weichenden Feinde, scharf nachdrängend, Voelkapelle, Langemarck und Zonnebelle und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich des Bantlaarts-See hemmte ein feindlicher Gegenstoß unser Vorwärtsdringen.

## Deutscher Reichstag.

(147. Sitzung.) CR. Berlin, 17. April.  
Vor sehr schwach besetztem Hause trat heute der Reichstag in die Beratung des

### Haushaltsantrages für die Postverwaltung

ein. Es liegt ein Beschluß des Hauptausschusses über eine Ergänzung des Besoldungsgesetzes vor, wodurch vornehmlich die Gehälter der gehobenen Unterbeamten verbessert werden sollen.

Abg. Meyer-Herford (natl.) berichtet über die Ausnahmeverhandlungen. Diese Ergänzung des Besoldungsgesetzes beschloß der Reichstag schon 1914, leider ist ihr aber der Bundesrat nicht beigetreten, da er sie während des Krieges für undurchführbar hielt. Wir sind anderer Meinung und erheben die Forderung von neuem. Redner begrüßt dann den neuen Staatssekretär und macht Mitteilungen über den gestiegenen Postverkehr. 1917 sind durchschnittlich täglich noch dem Felde 10,6 Millionen Briefsendungen und 1,9 Millionen Wägen aufgeföhrt worden. Bei den Postpostanstalten wurden täglich 6,8 Millionen Briefsendungen aufgegeben. Der gesamte Postverkehr umfaßt 17 Milliarden Sendungen im Jahre 1917. Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin: Die Mehrausgaben entfallen im wesentlichen auf den ordentlichen Etat und zwar in der Hauptsache auf die erhöhten Gehälter und den Fernsprecheverehr. Im außerordentlichen Etat entstehen die Mehrausgaben hauptsächlich durch die Anlage unterirdischer Kabel. Bei der Einrichtung neuer Stellen waren wir sparsam, die Zahl der angestellten Hilfskräfte hat zugenommen. Dabei steht nicht immer der rechte Mann auf dem rechten Platz, trotzdem fallen die Postdiebstähle nicht ausschließlich den Beamten zur Last. Die Postbeförderung durch die Straßenbahnen hat sich verbessert, wir wollen sie auch im Frieden beibehalten. Die Lage der Postbeamten soll dadurch gebessert werden, daß die Gehälter möglichst in Einklang mit den Lebensverhältnissen gebracht und gehalten werden. In diesem Jahre soll dem Personal auch wieder der volle Erholungsurlaub wie vor dem Kriege gewährt werden. (Beifall.)

Abg. Hansen (Centr.) schließt sich dem Dank des Reichstages für die großen Leistungen der Postverwaltung an und gedenkt der Post- und Telegraphenbeamten, die ihr Leben vor dem Feinde für das Vaterland gelassen haben. Das Hauptaugenmerk der Post müsse jetzt auf Verhütung der vielen Diebstähle gerichtet sein, die nicht immer auf bösen Willen, sondern oft auch auf die Not der Hilfsangehörigen zurückzuführen seien. Der von der Post geleistete Schadenersatz sei von 300 000 Mark im Jahre 1914 auf 3,1 Millionen Mark im Jahre 1917 gestiegen. Redner klagt dann noch über die Postbeförderung, die viel zu langsam sei, so daß zahlreiche Lebensmittel verderben.

Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin: Die gewiß bedauerlichen Postdiebstähle werden so lange nicht verhütet werden können, als wir kein eingearbeitetes, zuverlässiges Personal haben. Viele Sendungen gehen übrigens schon auf dem Wege zur Post, viele auf der Eisenbahn verloren. Die 3 Mark für ein Kilo verlorener gegangener Sendungen, die von der Post als Schadenersatz gezahlt werden, sind natürlich ein unzulänglicher Ersatz, aber während des Krieges kann das Entschädigungsgehalt nicht geändert werden.

Abg. Landadel (Soz.): Die Postdiebstähle sind auf die während des Krieges gesunkene Moral zurückzuführen. Entschieden zu verwerfen sind Einschränkungen der Postfreiheit für Feldpostsendungen. Nicht angebracht ist die Wiedereinführung von Dtmarsenauagen für Postbeamte.

Abg. Dübisch (Rp.): Das der neue Staatssekretär nicht vom Bau ist, ist kein Unglück. Gerade die vielbespöchtelte Lage des Postverwalters v. Pöhlitz war reich an großartigen Postreformen. Wir vertrauen dem neuen Staatssekretär. Das Haus vertagt sich darauf auf morgen 3 Uhr.

## Mit vereinter Kraft.

Sicherung der Versorgung durch Landwirtschaft und Handel.

Die amtlichen Handelsvertretungen haben sich dieser Tage durch ihre Vereinigung, den Deutschen Handelstag, in einem Schreiben an die Bundesregierung zur praktischen Mitarbeit an der genossenschaftlichen Erfassung der Nahrungsmittel bereit erklärt. Für die Ermittlung der zur Beteiligung an den Geschäftsstellen der Kommunalverbände berechtigten und geeigneten Firmen sollen den zuständigen Behörden die amtlichen Handelsvertretungen zur Verfügung stehen. Der Handelstag schlägt vor, die beteiligten Firmen nach Geschäftszweigen oder größeren Verwaltungsbezirken zusammenzuschließen und die Geschäftsstellen zu unmittelbaren Beauftragten der Kommunalverbände zu bestellen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben sollen sich die Geschäftsstellen der Mitwirkung von Unterkommisionären bedienen. Zur Deckung der Unkosten soll eine Vermittlungsgebühr erhoben und die größere Verbindlichkeit ist den Unterkommisionären eingeräumt worden, um der Betätigung des einzelnen Auktors auch weiterhin einen ausreichenden Ansporn zu geben. Der deutsche Handelstag verlangt weiter, daß den Geschäftsstellen auch die Verteilung der von ihnen erhaltenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die Bedarfsstellen des Kommunalverbandes übertragen werde.

Mit den Vorschlägen des Kriegs-Ausschusses der deutschen Landwirtschaft in der Öffentlichkeit bekannt wurden, fanden zahlreiche Verbände des Handels dem Vorgehen der Landwirtschaft ziemlich ablehnend gegenüber. Es wurde vermieden, sich wie die Landwirtschaft sofort zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Nunmehr hat der Handel Gegenwortschläge in gleicher Richtung gemacht. Diese Vorschläge sind vielleicht einseitig, aber es ist immerhin eine Grundlage für eine Verhandlung mit der Landwirtschaft vorhanden. Es ist zu hoffen, daß auch eine Einigung für ein zweckvolles Zusammenarbeiten erzielt werden wird.

Eine Einigung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften muß vor allem nach der Richtung hin angestrebt werden, damit das Prinzip der neuen Ausbringungsmittel, welches die Träger der Erzeugung auch zu den Trägern der Erfassung der Produktion machen will, nicht umgestoßen wird. Der Deutsche Handelstag stellt seine eigenen Organisationen in den Vordergrund und läßt die landwirtschaftlichen Genossenschaften gewissermaßen als

Nördlich von der Lys gewonnen wir unter starkem Feuerbeschuß Boden und läuderten einige Maschinengewehrkämpfer. Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

Au der Schlachtfeldfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig auslebende Feuerkampf bei Moreuil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Ornes und Watrouville vollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Nördlich von Flixes (zwischen Maas und Mosel) scheiterte ein starker französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

eine Unterorganisation des Handels auf, die von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen werden sollen. Wenn man es nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft auch verstehen kann, daß der Handel sich in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände ein möglichst weites Feld der Betätigung zu sichern versucht, so sollten die landwirtschaftlichen Genossenschaften doch in den Hintergrund gedrängt werden. Der Handelstag fordert, daß nur die Handelsformen (zu denen auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften zählen), für die Bildung der Geschäftsstellen herangezogen werden sollen, die bereits vor dem 1. August 1914 den Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in unmittelbarem Verkehr mit den Erzeugern des Kommunalverbandes betrieben haben. Da während des Krieges die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften eine größere Vermehrung erfahren hat als die der privaten Handelsfirmen, würde die Durchführung einer solchen Forderung die Ausschaltung der nach dem 1. August 1914 entstandenen landwirtschaftlichen Genossenschaften bedeuten, und somit dem Sinn der Richtlinien des Kriegsernährungsamtes direkt entgegenlaufen. Das Kriegsernährungsamt hatte im Interesse einer möglichst reiflichen Erfassung der Nahrungsmittel die Veranziehung aller landwirtschaftlichen Genossenschaften gewünscht, weil das Erfassungssystem gerade auf dem Vertrauen und der Kontrolle von Landwirt zu Landwirt aufgebaut sein sollte; der private Handel aber will einen Teil der schon bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften ausschließen und die Bildung neuer Genossenschaften gänzlich verhindern. Das würde ein Zusammenarbeiten von Landwirtschaft und Handel nicht begünstigen, noch das Gelingen des Erfassungsgleichnisses gewährleisten.

Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die amtlichen Handelsvertretungen die Grundlage für die Mitwirkung des Handels einer Nachprüfung unterziehen, damit eine gleichberechtigte Vertretung von Landwirtschaft und Handel in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände nicht erschwert und ein gedeihliches Zusammenwirken der beiden Kräfte ermöglicht wird.

## Neueste Meldungen.

Ein halbamtliches Dementi.

Berlin, 17. April. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz berichtet über angebliche Rücktrittsabsichten des preussischen Ministers des Innern. Wir stellen fest, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist, und daß die Kombinationen, die die Korrespondenz mit ihrer Nachricht verbindet, jeder Grundlage entbehren.

Moskauer Empfangsvorbereitungen.

Berlin, 17. April. Das Volkswirtschaftliche Amt für auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß es dem Eintreffen der deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegenstehe und alle Anordnungen für ihren Empfang getroffen habe. Die russische Regierung hat für den Grafen Mirbach bereits ein Haus in Moskau zur Verfügung gestellt und wird die Mission, die morgen Berlin verläßt, an der russischen Grenze mit einem Extrazug abholen lassen.

Burian und Czernin.

Budapest, 17. April. Die Ernennung Burians wirkte hier überrauschend und wird auf einen Vorschlag Czernins, der für Burian eingetreten sei, zurückgeführt. Die Demission des Kabinetts Deceles ist als eine direkte innerpolitische Folge der Ernennung Burians anzusehen.

Der österreichische Heeresbericht.

Wien, 17. April. Der heutige Heeresbericht meldet, daß an zahlreichen Stellen der italienischen Front feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen wurden.

Eine Rede Lloyd Georges.

Haag, 17. April. Im britischen Unterhause erklärte Lloyd George in Verantwortung einer Rede Dillons, daß Irland nicht verlangen könne, bezüglich der Dienstpflicht anders behandelt zu werden als Schottland und Wales. Dillons Behauptung, daß der Krieg erfolgreicher hätte geführt werden können, falls in sich zusammen, wenn man erwäge, daß das große Rußland aus dem Kriege ausgeschieden sei. Eine Regelung der irischen Frage zu aller Zufriedenheit läge wohl allen am Herzen.

Dänkirchen und Calais bedroht.

Haag, 17. April. Wie aus London berichtet wird, spricht die englische Presse von der Absicht der englisch-französischen Heeresleitung, Dänkirchen und Calais räumen zu lassen.

Englands Kartoffelnot.

Bern, 17. April. Das britische Lebensmittelzeugungsamt erucht in einem dringenden Aufruf die Landwirte, die diesjährige Kartoffelbestellung auf eine Million Acres auszubehnen. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin, daß das gesamte Gelände hinter den britischen Linien vor der Kaiserschlacht für den Kartoffelanbau zur Verfügung der englischen Truppen reserviert und bereits für die Bestellung bereit war. Nachdem dieses Gelände durch die Schlacht verlorengegangen ist, wird die englische Landwirtschaft erucht, den Kartoffelanbau entsprechend zu vergrößern.

Die konstituierende Versammlung der Ukraine einberufen.

Kiew, 17. April. Die kleine Rada hat die Einberufung der ukrainischen konstituierenden Versammlung für den 12. Mai auf Grund der Dezember- und Januarwahlen mit Nachwahlen in den Bezirken, in denen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, beschlossen.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Eintreffen amerikanischer Truppen an der englischen Front.

Lugano, 18. April. (tu.) Wie aus Paris

berichtet wird, wird dort die vergebliche Ankunft amerikanischer Truppen an der englischen Front angekündigt.

Der Ruf nach Fochs Armeen.

Genf, 18. April. (tu.) Oberst Roussel schreibt im Petit Parisien, Hindenburg mache von seiner Taktik, die Truppen schnell von einem Punkte zu einem andern zu transportieren, einen wahrhaft furchtbaren Gebrauch. Herve verlangt im Viktoire die Einsetzung stärkster Reserven Fochs, um die englische Armee zu rächen. Calais sei ebenso wichtig wie Paris.

Eine Bedrohung der englischen Kohlenminen.

Lugano, 18. April. (tu.) Herve erklärte in der Liberte, das weitere Vordringen der Deutschen gegen Bethune werde eine Bedrohung der französischen Kohlenminen bedeuten, die nunmehr bloß noch 15 Kilometer von der Kampffront entfernt sind. Herve stellt in dem Blatt die Frage, wollen oder können die britischen und portugiesischen Truppen uns vor deutschen Verstärkungen bewahren?

Deutsche Flieger über Le Havre.

Lugano, 16. April. (tu.) Die amtliche Pariser Meldung besagt, deutsche Flieger bombardierten Le Havre.

Vor einem neuen Kampfabchnitt.

Genf, 18. April. (tu.) Der „Temps“ meldet: Die Artillerie-Tätigkeit an der ganzen Front steigerte sich in den letzten 48 Stunden wieder. Wir stehen allem Anschein nach vor einem neuen Abschnitt der großen Kämpfe.

Paris im Geleitflug geräuschlos überflogen.

Genf, 18. April. (tu.) Zum Fliegerangriff vom 13. April berichten Lyoner Blätter, daß die deutschen Flieger bei ihrem Angriff eine neue Taktik anwendeten. Sie überflogen Paris geräuschlos im Geleitflug. Nach den Angaben des Petit Parisien sind mehrere Bomben im Judenviertel hinter dem Hotel de Ville niedergefallen. Mehrere Straßen wurden zerstört.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Abordnung der vereinigten Landesräte von Ostland, Estland, Riga und Oesel ist jetzt in Berlin eingetroffen. Die Abordnung, der außer Deutsch-Balten auch Esten und Letten angehören, wird vom Reichsstatthalter nach dessen Rückkehr aus dem Hauptquartier empfangen werden, und ihm bei dieser Gelegenheit die bekannten Wünsche ihrer Heimat nach einem engen Anschluß an das Deutsche Reich, wie sie bereits in der Halbtagungsperiode in den Kaiser zum Ausdruck kamen, aussprechen.

+ Das Mitglied des Kriegsernährungsamtes Rupperecht hielt in Dresden einen Vortrag über den Stand unserer Ernährungsaussichten. Er wies dabei auf die Verteilung einzelner Bundesstaaten auf ihre Reservatrechte hin. Herr Rupperecht kündigte ferner an, daß möglicherweise eine Verkürzung der Brotration und vielleicht auch eine kleine Verringerung der Kartoffelration zeitweise eintreten müßte, falls die Vorräte aus der Ukraine nicht rechtzeitig und nicht in genügendem Maße eintröfen. Die Rationierung von Brot und Fleisch werde noch jahrelang dauern.

Aus In- und Ausland

Paris, 17. April. Solo Pascha ist heute Morgen in Vincennes erschossen worden.

Bern, 17. April. Die französische Presse beschäftigt sich noch immer mit dem Briefe Kaiser Karls und erklärt, die Hauptfrage sei, warum der Schritt des Kaisers keine Folgen gehabt habe.

## Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 15. April 1918.

Am Regierungstisch Dr. Nagel.

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 1/2 5 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare vom 22. Juni 1900.

Abg. Born (Kons.) spricht die Zustimmung seiner fraktion zu der Vorlage aus. Zu billigen sei es auch, daß die Mindestsätze nicht erhöht worden seien, so daß es möglich erscheine, dem sozialen Moment Rechnung zu tragen. Einzelheiten seien in der Deputation zu prüfen.

Abg. Helbig (Soz.): Seine Freunde erhöhen gegen die Vorlage in Anbetracht der Zeitverhältnisse keine Einwendungen. Den Nutzen würden allerdings in der Hauptsache die Anwälte mit großer Praxis haben. Er knüpfe an die Zurückstellung seiner Bedenken die Voraussetzung, daß die Anwälte auf eine Besserung der Lage ihrer Angehörigen Bedacht nähmen. Es solle ein Angestelltenauschuss eingesetzt werden, der mit den Arbeitgebern, den Anwälten, verhandelt.

Abg. Dr. Jöppel (Natl.): Die Nationalliberalen ständen dem Entwurfe mit derselben Sympathie gegenüber wie die anderen Parteien. Die Einkommensverhältnisse der Anwälte seien außerordentlich schwer. Ein großer Teil habe unter 3000 Mark Jahresverdienst. Eine Umlage der Geschäftsunkosten auf die Mandanten sei wegen der festen Sätze der Gebührenordnung nicht möglich. Das sei bei der Entlohnung der Angestellten zu berücksichtigen. Einige Aenderungen ließen sich erwägen. Der Redner beantragt Ueberweisung des Entwurfs an die Gesetzgebungsdeputation.

Vizepräsident Dr. Spieß (Kons.): Die Anwaltsvereine seien bemüht, die Lage der Angestellten günstig zu gestalten. Wenn dies nicht immer gelinge, so liege es an dem vielfach geringen Einkommen der Anwälte. Daher sei es auch wünschenswert, die Gehaltserhöhung nicht auf die Kriegsdauer zu beschränken.